

Fremdenfeindlichkeit und Einstellungen zur Einbürgerung

Von Claudia Diehl und Ingrid Tucci

Die Deutschen öffnen sich dem Thema Zuwanderung: Immer weniger Deutsche ohne Migrationshintergrund, so zeigen die repräsentativen Daten dieses Berichts, fühlen sich durch Zuwanderung bedroht. Auch beim Thema Einbürgerung hat ein Wandel stattgefunden. Auf die Frage „Was ist für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft entscheidend?“ antworten die Deutschen inzwischen anders als noch in den 90er Jahren. Ein großer Teil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hält die ethnisch deutsche Abstammung für wenig wichtig. Immer mehr Deutsche glauben hingegen, dass vor allem das Verhalten der Menschen für die Einbürgerung ausschlaggebend sein sollte. Ein Rückgang der Fremdenfeindlichkeit ist damit jedoch nicht zwangsläufig verbunden: Wer das Verhalten und die kulturelle Anpassung als die wichtigeren Faktoren erachtet, weist genauso häufig stark fremdenfeindliche Einstellungen auf wie jemand, der ethnische Zugehörigkeit für bedeutsamer hält. Insgesamt sank aber die Anzahl der Deutschen mit stark ausgeprägten fremdenfeindlichen Einstellungen.

Ein erster Indikator für die Offenheit einer Gesellschaft gegenüber Migranten ist die Angst der Mehrheitsbevölkerung vor Zuwanderung. Machen sich viele Personen ohne Migrationshintergrund¹ starke Sorgen über das Phänomen der Zuwanderung, ist die Verslossenheit hoch. Die Daten der am DIW Berlin angesiedelten und über die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) geförderten Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP),² ermöglichen eine Analyse im Zeitverlauf (Kasten). Im Jahr 1999 machte sich etwas mehr als ein Drittel aller Bundesbürger ohne Migrationshintergrund über die Zuwanderung starke Sorgen; zehn Jahre später trifft dies nur noch auf etwa ein Viertel zu (Abbildung 1). Zwischen 1999 und 2009 hat sich hingegen der Anteil derer, die sich keine Sorgen über die Zuwanderung machen, von 16 auf 32 Prozent verdoppelt.

Diese Tendenz sinkender Sorgen kann über alle betrachteten Gruppen hinweg beobachtet werden, einzige Ausnahme sind die Arbeitslosen (Abbildung 2). Der stärkste Rückgang ist bei Rentnern zu verzeichnen. Hier dürften sich Kohorteneffekte bemerkbar machen: Eine wachsende Gruppe innerhalb der heutigen Rentnergeneration ist nach dem Krieg aufgewachsen und weist weniger fremdenfeindliche Einstellungen auf.³ Insgesamt zeigt die Abbildung, dass sich Personen weniger Sorgen über Zuwanderung machen, je höher sie in der Berufshierarchie stehen. Diejenigen, deren Arbeitsplätze am stärksten von konjunkturellen Schwankungen abhängig sind – etwa in manuellen Berufen oder in nicht-

¹ Als Personen ohne Migrationshintergrund werden hier Personen deutscher Staatsangehörigkeit bezeichnet, die nicht selbst oder deren Eltern nicht zugewandert sind.

² Wagner, G. G. et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *ASTA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv*, 2(4), 301-328.

³ Vgl. Rippl, S. (2008): Zu Gast bei Freunden? Fremdenfeindliche Einstellungen und interethnische Freundschaften im Zeitverlauf. In: F. Kalter (Hrsg.): *Migration und Integration*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 48, 488-512.

Kasten

Daten und Methode

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich als Teil der deutschen Forschungsinfrastruktur von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin durchgeführt wird. Das SOEP erhebt neben sozial-strukturellen Indikatoren auch die Einstellungen und Sorgen von Befragten in Bezug auf spezifische Lebensbereiche und Themen. Im Jahr 2009 wurden über 20 000 Personen im Alter ab 16 Jahren in mehr als 10 000 Haushalten befragt.

In der ebenfalls zur Forschungsinfrastruktur gehörenden Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) werden im Auftrag von GESIS (Mannheim) alle zwei Jahre Daten über das Verhalten und die Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands erhoben, wobei für jede Erhebung ein Schwerpunkt festgelegt wird. In den Jahren 1996 und 2006 wurden die Befragten unter anderem nach ihren Einstellungen zu Ausländern und zur Bedeutung bestimmter Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft befragt. Damit können zum Beispiel der Zusammenhang zwischen Einstellungen und zeitlichen Veränderungen analysiert werden. In diesem Beitrag werden fremdenfeindliche Einstellungen auf der Grundlage folgender Fragebatterie gemessen:

1. Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.
2. Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.
3. Die in Deutschland lebenden Ausländer und ihre Anwesenheit führen zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt.
4. Die in Deutschland lebenden Ausländer nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg.
5. Die in Deutschland lebenden Ausländer begehen häufiger Straftaten als die Deutschen.

Die Antworten lagen auf einer Skala von 1 bis 7). Für die Berechnung des Niveaus der Fremdenfeindlichkeit wurden

diese auf Werte von 0 bis 6 umgerechnet. Dabei wurden die Antworten auf die zweite Frage umskaliert auf die Werte von 6 bis 0. Befragte mit den Extremwerten von 25 bis 30 werden als stark fremdenfeindlich betrachtet und erhalten den Wert 1. Andere erhalten den Wert 0. Dieser dichotome Indikator wird als zu erklärende Variable verwendet.

Der Fragekomplex zur Bestimmung der Einbürgerungsvoraussetzungen wird wie folgt erfragt: *„Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die bei der Entscheidung über die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft eine Rolle spielen können. Bitte sagen Sie mir anhand der Skala, wie wichtig Ihrer Meinung nach diese Dinge jeweils sein sollten:*

1. *Ob die Person in Deutschland geboren ist,*
2. *deutscher Abstammung ist,*
3. *die deutsche Sprache beherrscht,*
4. *seit langem bei uns lebt,*
5. *bereit ist, sich an den Lebensstil der Deutschen anzupassen,*
6. *einer christlichen Kirche angehört,*
7. *keine Straftaten begangen hat,*
8. *für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen kann.“*

Diese Kriterien wurden einer sogenannten Faktorenanalyse unterzogen. Dabei haben sich zwei Dimensionen der Zugehörigkeit herausgebildet: eine ethnische Dimension (Fragen 1, 2 und 4) und eine zivil-kulturelle Dimension (Fragen 3, 5, 6, 7 und 8). Aus diesen auf den jeweiligen Fragen aufbauenden Dimensionen wurden vier Typen gebildet: auf beiden Dimensionen stark zustimmend, auf beiden Dimensionen schwach zustimmend, Zustimmung überwiegend bei der ethnischen Dimension, Zustimmung überwiegend bei der zivil-kulturellen Dimension. Als stark zustimmend gelten Befragte, die auf der verwendeten Skala von 0 bis 6 mindestens den Wert 5 angaben.

manuellen Routine-Berufen⁴ tätige Personen – machen sich am häufigsten Sorgen über die Zuwanderung potentieller Arbeitskräfte. Dieser Befund kann zum Teil der Tatsache zugeschrieben werden, dass ein niedriges

Bildungsniveau generell mit skeptischeren Einstellungen zur Zuwanderung einhergeht.⁵

Insgesamt lag das Niveau der Sorgen 2009 deutlich niedriger als 1999. Innerhalb der zehn Jahre schwankte

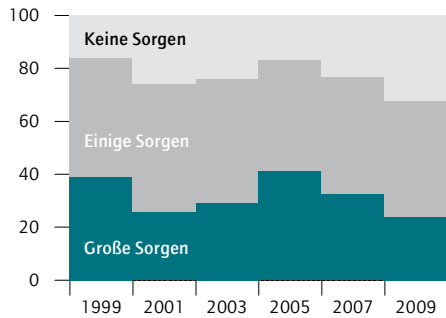
⁴ Zu den nichtmanuellen Routine-Tätigkeiten zählen hier Berufe wie Bürofachkräfte oder Reinigungskräfte.

⁵ Vgl. Coenders, M. und Scheepers, P. (2003). The Effect of Education on Nationalism and Ethnic Exclusionism: An International Comparison. *Political Psychology*, 24(2), 313–343.

Abbildung 1

Sorgen über die Zuwanderung

In Prozent¹



¹ Personen ohne Migrationshintergrund.
Quelle: SOEP.

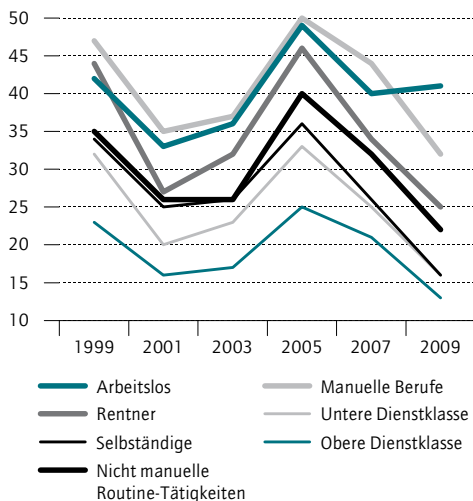
© DIW Berlin 2011

Auch wenn es 2005 eine Spitze gab, nehmen die Sorgen über Zuwanderungen tendenziell ab.

Abbildung 2

Personen mit großen Sorgen über die Zuwanderung nach Berufsstatus

Anteile in Prozent¹



¹ Personen ohne Migrationshintergrund.
Quelle: SOEP.

© DIW Berlin 2011

Wer einen manuellen Beruf ausübt, macht sich überdurchschnittlich viele Sorgen über Zuwanderung.

es jedoch stark: So gab es in allen Berufsgruppen einen starken Anstieg der Sorgen zwischen 2001 und 2005. Dazu beigetragen haben könnten neben dem Erstarken

des internationalen Terrorismus und den Diskussionen um die Integration von Muslimen in Europa auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Migration: Im Jahr 2001 veröffentlichte die sogenannte Zuwanderungskommission ihren Bericht,⁶ der die Debatte über die Bedeutung von Zuwanderung für Deutschland und die Notwendigkeit von Integration intensiviert.⁷ Ab 2006, ein Jahr nachdem das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten war, sank der Anteil an Einheimischen, die sich starke Sorgen über Zuwanderung machten. Auch wenn unklar ist, welche Rolle die veränderte politische Behandlung des Themas bei dieser Entwicklung gespielt hat: Auffällig ist, dass knapp 40 Prozent der Deutschen mit ihrer Regierung zufrieden sind, wenn es um die Themen Zuwanderung und Integration geht. Dies ist ein hoher Wert, sowohl im Vergleich zur Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit insgesamt als auch im internationalen Vergleich.⁸

Immer weniger Personen weisen stark fremdenfeindliche Einstellungen auf

Die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die für die Jahre 1996 und 2006 ausgewertet wurden zeigen,⁹ dass das durchschnittliche Fremdenfeindlichkeitsniveau in den neuen und in den alten Bundesländern leicht gesunken ist (Tabelle). Besonders deutlich sank der Anteil an deutschen Befragten¹⁰ mit stark fremdenfeindlichen Einstellungen: von neun auf vier Prozent in Westdeutschland und von 15 auf vier Prozent in Ostdeutschland.¹¹ Offensichtlich fand eine Konvergenz der Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland auf einem insgesamt

⁶ Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2001): Zuwanderung gestalten. Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin.
⁷ In diesem Zusammenhang siehe auch den Bericht des sogenannten Zuwanderungsrats: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2004) (Hrsg.): Migration und Integration. Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Nürnberg.
⁸ Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten des Surveys Transatlantic Trends on Immigration, www.trends.gmfus.org.
⁹ Dieser Wochenbericht baut großenteils auf einem schon veröffentlichten Beitrag der Autorinnen auf, vgl. Diehl, C. und Tucci, I. (2010): Ethnische Grenzziehung in Ost- und Westdeutschland: Konvergenz und Kulturalisierung. In: Krause, P. und Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, 557-572.
¹⁰ Diese Auswertungen umfassen nur die Befragten, die angegeben haben, deutsch von Geburt an zu sein.
¹¹ An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass der ALLBUS eine alte und eine neue Fragen-Batterie für die Messung von fremdenfeindlichen Einstellungen zur Verfügung stellt (für weitere Informationen, siehe Alba, R. und Johnson, M. (2000): Zur Messung aktueller Einstellungsmuster gegenüber Ausländern in Deutschland. In: Alba, R., Schmidt, P. und Wasmer, M. (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? 229-253). Wird die Fremdenfeindlichkeit mit den „alten“ Ausländeritems gemessen, ist eine Abnahme der stark fremdenfeindlichen Einstellungen ebenfalls zu beobachten, wobei das durchschnittliche Niveau relativ stabil geblieben ist (siehe hierzu auch Diehl und Tucci (2010), a.a.O.).

Tabelle

Einstellungen zu Einbürgerungsvoraussetzungen und Fremdenfeindlichkeit 1996 und 2006

Auf einer Skala von 1 bis 7

	1996		2006	
	West-	Ost-	West-	Ost-
	deutschland		deutschland	
Indikatoren zur Fremdenfeindlichkeit				
Die in Deutschland lebenden Ausländer...				
... sind eine Belastung für das soziale Netz ¹	4,0	4,6	4,0	4,7
... sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland ^{1,2}	3,9	3,7	4,1	3,9
... führen zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt	4,3	4,0	2,7	2,1
... nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg	3,6	4,7	3,3	3,9
... begehen häufiger Straftaten als Deutsche ^{1,2}	3,9	4,5	4,2	4,3
Fremdenfeindlichkeit insgesamt (Skala von 0 bis 30) ³	14,8	17,3	13,1	14,2
Anteil stark fremdenfeindlicher Einstellungen in Prozent	9,4	15,3	3,7	4,1
Voraussetzungen für die Einbürgerung				
In Deutschland geboren sein ²	4,7	5,0	3,5	3,6
Deutscher Abstammung sein ²	4,4	4,7	3,3	3,5
Die deutsche Sprache beherrschen ²	5,4	4,5	6,3	6,2
Seit langem in Deutschland leben ^{1,2}	5,5	5,2	5,0	5,1
Bereitschaft sich an deutschen Lebensstil anzupassen	5,0	4,8	5,6	5,9
Christlicher Kirche angehören ¹	2,2	1,8	2,5	2,0
Keine Straftaten begangen zu haben ²	6,1	6,3	6,3	6,5
Selbst für den Lebensunterhalt aufkommen ^{2,4}	5,7	5,8	6,0	6,0

1 Die Veränderung zwischen 1996 und 2006 ist in Ostdeutschland statistisch nicht signifikant.
 2 Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind 2006 statistisch nicht signifikant.
 3 Umskaliert auf 0 bis 6. Die Werte des zweiten Indikators wurden umgekehrt berücksichtigt.
 4 Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind 1996 statistisch nicht signifikant.

Quelle: ALLBUS 1996 und 2006.

© DIW Berlin 2011

Stark fremdenfeindliche Einstellungen sind rückläufig, in Ostdeutschland stärker als im Westen.

niedrigeren Niveau statt. Besonders auffällig ist, dass im Jahr 2006 deutlich weniger Befragte erklärten, die in Deutschland lebenden Ausländer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen oder Probleme auf dem Wohnungsmarkt verursachen.

Frühere Studien haben gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Fremdenfeindlichkeit und der rechtlichen beziehungsweise kollektiven Definition von nationaler Zugehörigkeit gibt.¹² Die Konzeption nationaler Zugehörigkeit in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Dazu bei-

12 Zum Zusammenhang zwischen Nationenverständnis und Fremdenfeindlichkeit siehe Hjerm, M. (1998): National Identities, National Pride and Xenophobia: A Comparison of Four Western Countries. Acta Sociologica, 41(4), 335-347 und Lewin-Epstein, N. und Levanon, A. (2005): National Identity and Xenophobia in an Ethnically Divided Society. International Journal on Multicultural Societies 7(2), 90-118.

getragen haben könnte die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Mit dem neuen Gesetz, das am 1. Januar 2000 in Kraft trat, wurde das Geburtsortsprinzip, das in anderen Ländern Europas wie etwa Frankreich schon länger existiert, in Deutschland eingeführt. Vor dem Jahr 2000 erlangten Migrantenkinder trotz ihrer Geburt in Deutschland nicht automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Seit dem Jahr 2000 erwerben in Deutschland geborene Kinder von Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren legal im Land lebt und mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel ausgestattet ist. In einigen Fällen können Kinder von Migranten sowohl die deutsche als auch die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern behalten.¹³ In anderen Fällen haben sie nach Erreichen der Volljährigkeit fünf Jahre Zeit, um sich für die deutsche Staatsbürgerschaft oder für die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes ihrer Eltern zu entscheiden. Obwohl am Prinzip der Verhinderung von Mehrstaatigkeit im Gesetz mit einigen Ausnahmen grundsätzlich festgehalten wird, zeigt die Einführung des Geburtsortprinzips eine Abkehr vom traditionellen Selbstverständnis Deutschlands als Abstammungsnation. Daneben wurden auch weitere Voraussetzungen für einen möglichen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft verändert: Die notwendige Aufenthaltsdauer für Einwanderer wurde von 15 auf acht Jahre reduziert. Ab Anfang 2006 wurde über weitere Zugangskriterien, wie die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache und das Bestehen eines Einbürgerungstests, debattiert, die schließlich durch eine Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts im August 2007 bundesweit eingeführt wurden.

Einbürgerungskriterien: Kulturelle Anpassung gewinnt an Bedeutung

Ebenso wie die gesetzlichen Vorgaben haben sich die Einschätzungen der deutschstämmigen Bürger über die zu erfüllenden Voraussetzungen für eine Einbürgerung gewandelt. Die Antwort auf die Frage „wer darf Deutsche/r werden“ fällt heute anders aus als früher.

Ein Blick auf die Durchschnittswerte der einzelnen Indikatoren zu den als mehr oder weniger wichtig erachteten Einbürgerungsvoraussetzungen macht deutlich, dass Kriterien wie Beherrschung der deutschen Sprache und Anpassung an den deutschen Lebensstil zwischen 1996 und 2006 landesweit an Gewicht gewonnen haben. Dagegen hat das Kriterium der deutschen Abstammung an Bedeutung verloren.

13 EU-Bürger und Kinder mit einem deutschen und einem ausländischem Elternteil dürfen beide Staatsangehörigkeiten beibehalten.

Bei den unterschiedlichen Indikatoren zur Bewertung verschiedener Einbürgerungsvoraussetzungen lassen sich zwei Dimensionen unterscheiden: Die erste Dimension umfasst die Kriterien Geburt in Deutschland, deutsche Abstammung und lange Aufenthaltsdauer und wird in Anlehnung an die Literatur¹⁴ als ethnische Dimension bezeichnet. Die zweite Dimension fasst verhaltensabhängige Indikatoren zusammen, die Forderungen nach einer zivilen und kulturellen Anpassung beinhalten (Beherrschung der deutschen Sprache, Bereitschaft sich an „den Lebensstil der Deutschen“ anzupassen, Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche, Straffreiheit, ökonomische Unabhängigkeit).

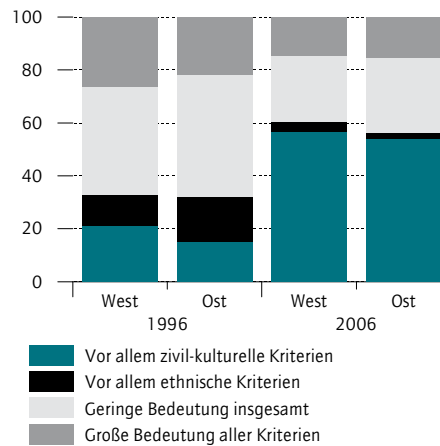
Während zwölf Prozent der einheimischen Bevölkerung in Westdeutschland und 17 Prozent der Bevölkerung in Ostdeutschland im Jahr 1996 insbesondere ethnischen Zugehörigkeitskriterien stark zustimmten, waren es zehn Jahre später nur noch 4 beziehungsweise drei Prozent (Abbildung 3). Auch der Anteil derer, die sowohl ethnische als auch zivil-kulturelle Zugangskriterien als besonders bedeutsam erachten, ist in beiden Teilen Deutschlands gesunken. Dafür ist allerdings der Anteil an Personen, die sich für die Erfüllung zivil-kultureller Voraussetzungen aussprechen, stark gestiegen: Im Jahr 2006 hielten 57 beziehungsweise 54 Prozent der einheimischen Befragten in West- beziehungsweise Ostdeutschland verhaltensabhängige Kriterien für besonders wichtig. Die Betrachtung der Einzelindikatoren zeigt, dass der Anstieg bei den beiden kulturellen Voraussetzungen Sprache¹⁵ und Lebensstilanpassung am höchsten war, wenngleich auch bei der Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche zwischen 1996 und 2006 zumindest im Westen ein kleiner, aber signifikanter Anstieg zu verzeichnen ist. In Folge dieser Entwicklung ist der Anteil derer, die keine besonderen Voraussetzungen an den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft knüpfen, im Zeitverlauf gesunken.

Einerseits deutet diese deutliche Verschiebung auf eine Abkehr von ethnischen Zugangskriterien und auf eine Öffnung des Nationsverständnisses hin. Andererseits – und das ist in der Bedeutung schwieriger einzuschätzen – verweist die immer häufiger gestellte Forderung nach Lebensstilanpassung auf eine stärker kulturbezogene Wahrnehmung der Grenzen zwischen sogenannten Einheimischen und „Fremden“. Dahinter könnte die Forderung nach Achtung allgemeiner Errungenschaften wie beispielsweise der Geschlechtergleichheit stehen. Wäre dies der Fall, sollten die Verfechter zivil-kultureller Einbürgerungskriterien weniger häufig

Abbildung 3

Einstellungen zu den Einbürgerungsvoraussetzungen 1996 und 2006

Anteile in Prozent



Quelle: ALLBUS 1996 und 2006.

© DIW Berlin 2011

Zivil-kulturelle Aspekte stehen im Vordergrund der Einstellungen zu den Einbürgerungsvoraussetzungen.

fremdenfeindlich sein als die Vertreter von ethnischen Einbürgerungskriterien. Wäre indes die Forderung nach einer kulturellen Anpassung beziehungsweise einer Anpassung an den deutschen Lebensstil lediglich eine neue und möglicherweise sozial akzeptablere Erscheinungsform ethnischer Ausgrenzung, sollten ihre Anhänger genauso häufig stark fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen wie die Vertreter von abstammungsbasierten Einbürgerungsvoraussetzungen.

Kulturanhänger sind nicht weniger fremdenfeindlich

In den gängigen Ansätzen zur Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen werden mehrere zentrale Einflussgrößen von Fremdenfeindlichkeit genannt: strukturelle beziehungsweise sozio-demographische Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Haushaltseinkommen), soziale Kontakte (Kontakt zu Ausländern), Werte und politische Einstellungen, Anomie¹⁶ und Sorgen. Diese Faktoren werden in der hier präsentierten multivariaten Analyse berücksichtigt,¹⁷ zusätz-

¹⁴ Lewin-Epstein, N. und Levanon, A. (2005), a.a.O.

¹⁵ Sprachkenntnisse können sowohl als zivile als auch als kulturelle Einbürgerungsvoraussetzung betrachtet werden.

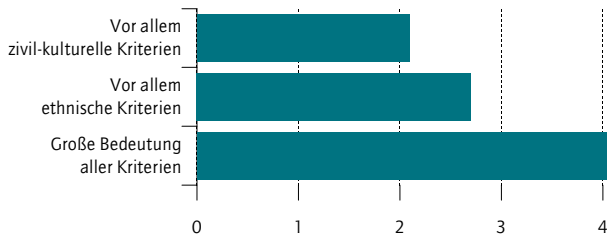
¹⁶ Der Anomie-Begriff bezeichnet einen Zustand, in dem soziale Normen und Regeln geschwächt sind und sich der Einzelne bindungs- und orientierungslos fühlt.

¹⁷ Die Ergebnisse für die einzelnen Erklärungsfaktoren sind in Diehl und Tucci (2010), a.a.O., ausführlich beschrieben.

Abbildung 4

Anteil der Befragten mit stark fremdenfeindlichen Einstellungen

Abweichung vom Gesamtdurchschnitt in Prozentpunkten



Quelle: ALLBUS 1996 und 2006.

© DIW Berlin 2011

Wer auf alle Einbürgerungskriterien wert legt, ist stärker fremdenfeindlich eingestellt.

lich zum Verständnis der nationalen Zugehörigkeit. Die Ergebnisse dieser Analyse (Abbildung 4) zeigen, um wie viele Prozentpunkte der Anteil an stark fremdenfeindlichen Personen in Abhängigkeit von der Einstellung zur nationalen Zugehörigkeitskonzeption steigt. Dabei werden Personen, die zivil-kulturelle und/oder ethnische Kriterien für die Einbürgerung stark befürworten, verglichen mit Personen, die beiden Einbürgerungsvoraussetzungen nur schwach zustimmen.

Im Durchschnitt der Jahre 1996 und 2006 weisen acht Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund stark fremdenfeindliche Einstellungen auf. Dieser Anteil steigt um vier Prozentpunkte bei Personen, die sowohl ethnische als auch zivil-kulturelle Einbürgerungskriterien als sehr wichtig erachten. Aber auch bei den Befragten, die insbesondere zivil-kulturelle Zugehörigkeitskriterien als wichtig erachten, steigt der Anteil an Personen mit stark fremdenfeindlichen Einstellungen um zwei Prozentpunkte.

Außerdem sind Einheimische, die eher ethnische Zugehörigkeitskriterien bevorzugen, nicht signifikant frem-

denfeindlicher als Anhänger rein zivil-kultureller Zugehörigkeitskriterien.

Fazit

Unsere Befunde zeigen dass Einstellungen zu Zuwanderung und Zuwanderern seit Mitte der 90er Jahre eine hohe Dynamik aufweisen. Zuwanderung ist dennoch ein unbestrittener Teil der deutschen Wirklichkeit geworden: Im Jahr 2009 bejahten fast 80 Prozent der Deutschen die Frage, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Daran hat im Übrigen auch die in den Medien hitzig geführte Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ nichts geändert.¹⁸ Auch wenn die ethnische Diversität für Deutsche mittlerweile ganz offenbar zur Realität gehört, haben Forderungen nach ziviler und kultureller Anpassung im letzten Jahrzehnt stark zugenommen; dies ist eine Entwicklung, die in ihren Implikationen schwierig zu beurteilen ist. Es ist unklar, ob die Deutschen unter Lebensstilanpassung das Erlernen der Verkehrssprache sowie die Anerkennung von im Grundgesetz verankerten Werten wie der Gleichberechtigung von Mann und Frau verstehen oder eine weitergehende kulturelle Assimilation. Wenngleich dieser Punkt nicht abschließend geklärt werden kann, zeigen unsere Analysen, dass sich das Verständnis von nationaler Zugehörigkeit gewandelt hat. Allerdings ist die generelle Abnahme fremdenfeindlicher Einstellungen nicht diesem Wandel im Verständnis nationaler Zugehörigkeit zuzuschreiben: Anders als man es vielleicht erwartet hätte, weisen die Verfechter zivil-kultureller Einbürgerungsvoraussetzungen ebenso häufig stark fremdenfeindliche Einstellungen auf wie die Befürworter der traditionellen ethnischen Einbürgerungskriterien.

¹⁸ Dies zeigen eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten des Surveys Transatlantic Trends on Immigration, www.trends.gmfus.org, vor und einige Wochen nach Erscheinen des Buches von Thilo Sarrazin.

Claudia Diehl ist Professorin für Migration und Ethnizität an der Universität Göttingen | claudia.diehl@sowi.uni-goettingen.de.

Ingrid Tucci ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des SOEP am DIW Berlin | itucci@diw.de.

JEL: D01, D79, Z0

Keywords: immigration, xenophobia, naturalization



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
WolfPeter Schill

Lektorat

Kati Schindler
Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.